Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 2.00 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirkes 2.10 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 2.15 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.20 Mk. Wochenkarten 55 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 28291. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Ankündigungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck u. Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

Nr. 243 — **Sonnabend den 17. Oktober 1931 nachmittags** — **90. Jahrgang**

Knappe Mehrheit für die Regierung

Ablehnung des Mißtrauensantrages mit 295 gegen 270 Stimmen

Erneuter Auszug der nationalen Opposition – Annahme wichtiger Anträge

Brünings Sieg

(Eigene Meldung.)

Berlin, 16. 10. In seiner Rede, die der Abstimmung vorausging, glaubte Reichskanzler Dr. Brüning daran erinnern zu müssen, daß gerade in seinem Falle das Vaterland über die Parteien zu stellen sei. Wer das politische Getriebe kennt und weiß, wie die Freunde Brünings zusammengeschweißt sind, der wird sich eines Lächelns nicht erwehren können, ob solcher Phrase, die leider Gottes heute mehr denn je von der deutschen Gegenwarts-Wahrheit entfernt ist. Noch immer gilt das alte Gegenseitigkeitsgeschäft zwischen Preußen und dem Reiche. Wie es in Wirklichkeit um die parteipolitische Entwicklung steht, hat kein anderer als der preußische Innenminister Severing gestern noch klar und deutlich ausgedrückt. Warum sollte man auch schweigen, wo man alle Macht in der Hand hat und die Rücksichtnahme auf die sogenannte Volksmeinung in unserem, ach so demokratischen Staatswesen, nicht mehr gilt. Brüning hat der Rechtsopposition bescheinigt — diese Verbeugung ist nicht uninteressant für die Beurteilung kommender Möglichkeiten —, daß sie den Degen wider den Reichskanzler vornehm geführt hätte. Auch wir wollen nicht päpstlicher sein als Hitler und Herrn Brüning nach wie vor zugestehen, daß seine Absichten durchaus rein sind. Aber ob sie zum Nutzen des deutschen Volkes Verwirklichung finden, das steht auf einem anderen Blatt. Es sieht heute mehr denn je so aus, als ob die angebliche Kraft- und Westfalennatur Brüning in jene Ecke der Beurteilung sich gedrängt sehen muß, von der man sagt: Du glaubst zu schieben und du wirst geschoben!

Außer Notverordnungen hat uns die Kanzlerschaft Brünings tatsächlich nichts Neues gebracht. Der Reichskanzler selbst meinte gestern noch, daß die Fortführung seiner Amtstätigkeit von einzigartigem Nutzen für Deutschlands Außenpolitik sei, die kein anderer ohne Schaden für Volk und Reich übernehmen könne. Man wird da — ohne allzu unhöflich sein zu wollen — mit Herrn Brüning keineswegs übereinstimmen können. Aber zwecklos ist es, darüber große Betrachtungen anzustellen. Die Entwicklung im deutschen Reiche schreitet jenseits von Brüning und seiner Gefolgschaft so zwangsläufig fort, daß von selbst einmal der Tag kommen muß, wo in der Wilhelmstraße außenpolitisch anders gelehrt wird, als man heute es zu tun für nützlich hält. Und dann wird gleichzeitig in Preußen der Weg frei für eine Innenpolitik, die uns auch im Reiche erlöst von politischen Führern, die anscheinend noch immer nicht wissen, daß der Geist des deutschen Volkes schon seit langem gegen sie zeugt, oder sich nur stellen, als wüßten sie es nicht!

•

Die entscheidende Sitzung

Berlin, 17. 10. Ueber den Verlauf der letzten Reichstagssitzung — (über deren Anfang wir bereits im gestrigen Blatte berichtet haben) ist noch zu melden:

Reichskanzler Brüning fortfahrend: Es ist meine Aufgabe, zu verhindern, daß das deutsche Volk in diesem schwersten aller Winter nicht auseinandergerissen werde. Das Ziel eines verantwortlichen Politikers in diesen Tagen muß es sein, zu verhindern, daß über die Not dieser Wochen und Monate nicht das deutsche Volk in

zwei feindliche Lager auseinandergerissen werde.

Man mag mich ruhig angreifen, das soll mich nicht stören. Ich habe mit Bewußtsein in den letzten Wochen nicht mehr in der Oeffentlichkeit gesprochen, weil ich sonst in so scharfer Form gegen die Intrigen hätte Stellung nehmen müssen, daß ich vielleicht vieles für die Zukunft zerschlagen hätte. Ich mußte die parteipolitische Basis dieses Kabinetts verengen und gleichzeitig dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen,

einen Wirtschaftsbeirat zu bilden.

Wenn man glaubt, in diesen schwierigen außenpolitischen Zeiten einen Wechsel in der Regierung vornehmen zu können, dann muß ich etwas sagen, was ich aus eigenster bitterer Erfahrung habe kennen gelernt: Jedes neue Kabinett mit einer anderen Etikette hat zunächst für einige Zeit mit stärkstem Mißtrauen im Auslande zu kämpfen. Ich habe noch nicht die Möglichkeit gehabt,

den offenen Brief Hitlers an mich

selbst ganz durchzulesen. Das bedeutet keine Kritik. Ich werde ihn durchlesen. Aber auf ein paar angestrichene Stellen dieses Briefes möchte ich eingehen. Hitler sagt, wenn auch nur vorübergehend eine Sanierung gelungen wäre, hätte niemand an die Revision gedacht. In dieser Auffassung liegt ein grundsätzlicher Fehler. Ich habe nicht mit einer Revision des Youngplanes angefangen, sondern es war zunächst meine Aufgabe, unter bitteren Opfern des deutschen Volkes ein absolut finanziell wankendes Gebäude zunächst einmal zu stützen, um überhaupt darin leben zu können. Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft und nicht aus Anleihen erfüllt hat. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Es zeigte sich dabei, daß es so mit den Reparationen nicht geht. Entweder gibt man uns das Geld, um es in Reparationen wieder zurückzuzahlen — und das hat auch einmal ein Ende — oder man gibt uns die Freiheit, die Reparationen mit einem riesigen Ausfuhrüberschuß zu bezahlen — und auch das können die Völker nicht vertragen. Denkschriften und Reden werden die Welt nicht von der Notlage Deutschlands überzeugen. Es überzeugt allein, wenn eine Regierung den Mut hat,

ihre Karten aufzudecken,

und nicht, zu sagen, daß sie mit allem Auferlegten mit einem Schlage brechen will.

Diese unsere Methode ist nicht neu, sie ist von besiegten Völkern immer wieder benutzt worden, um zum Erfolge zu kommen. Wenn Hitler mutig genug ist, mir die nationale Gesinnung nicht abzusprechen, so frage ich: Was hindert denn vier Fünftel dieses Hauses, sich einmal zu entschließen, für ein paar Monate Parteipolitik beiseite zu lassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zu schaffen. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Regierungsparteien.)

Nach der Rede des Reichskanzlers nimmt die

nationale Opposition

wieder die Plätze ein und Abg. Schmidt-Hannover (Dnatl.) verliest eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Ein Weiterregieren dieses Kabinetts und eine neue Ausschaltung des Reichstages würde eine außen- und innenpolitische Lage von so tragischer Schwere schaffen, daß ein Abgleiten Deutschlands in chaotische Zustände unvermeidlich wäre.

Abg. Dr. Rosenfeld (SAPD.) erklärt, es hätte vor wenigen Monaten nicht viel daran gefehlt, daß die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei sich gegen Brüning entschied. Die Erklärung der Wirtschaftspartei lasse deutlich erkennen, daß der Kanzler gewisse Konzessionen gemacht habe und schon das allein hätte für die Sozialdemokratie Anlaß zu einer anderen Haltung sein müssen. Er schloß: Lieber tausendmal mit den Kommunisten als einmal mit Groener!

Abg. Strathmann (Christsoz.) erklärte, nicht davon überzeugt zu sein, daß die nationale Opposition eine richtige Politik vertrete. Den Weg ins Dunkle ungewisser Experimente könne man nicht mitmachen.

Abg. Meyer (Deutsch-Hann.) gab bekannt, daß seine Freunde sich der Stimme enthalten würden.

Damit schloß die große Aussprache und es folgten die mit größter Spannung erwarteten Abstimmungen. Das Haus füllte sich nahezu bis auf die letzten Plätze. (Das Ergebnis der Abstimmung ist an anderer Stelle zu lesen.)

Es folgen die

Abstimmungen über die Mißtrauensanträge

gegen einzelne Reichsminister. Vorher gibt Abg. Dingeldey (DVp.) eine Erklärung ab, nach der die Volkspartei es ablehne, kommunistischen Demonstrationsanträgen zuzustimmen, nachdem die Volkspartei durch die erste Abstimmung ihre Haltung deutlich zum Ausdruck gebracht habe.

In demselben Sinne äußert sich Abg. Döbrich vom Landvolk.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Dr. Groener wird daher mit 321 gegen 233 Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt. Die Sozialdemokraten haben demnach positiv für Groener gestimmt.

Auch der Mißtrauensantrag gegen den Ernährungsminister Dr. Schiele wird abgelehnt (337 zu 233).

Erneuter Auszug der nationalen Opposition aus dem Reichstag

Die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die drei früheren Landvolkabgeordneten haben erneut ihren Auszug aus dem Parlament vollzogen.

Nach den namentlichen Abstimmungen gab zunächst der nationalsozialistische Abg. Dr. Frick eine Erklärung ab, in der er sich auf die Kundgebung bezog, mit der seine Partei am 10. Februar dieses Jahres ihren Auszug aus dem Reichstage verkündete. Er betonte unter großer Unruhe und Zwischenrufen von seiten der Kommunisten, daß seine Fraktion jetzt erneut entsprechend dieser Erklärung den Reichstag verlassen werde, um durch weiteres Wirken im Volk die letzten Stützen dieses Systems zu beseitigen und damit die Voraussetzung für eine Gesundung der Nation zu schaffen.

Eine ähnliche Erklärung gab für die Deutschnationalen, ebenfalls unter großen Lärmkundgebungen der Mitte und der Linken, der Abg. Gottheiner ab, der gleichfalls betonte, daß seine Fraktionsfreunde und die aus der Landvolkpartei ausgeschiedenen drei Abgeordneten an den weiteren Verhandlungen dieses Reichstages kein Interesse hätten.

Nach diesen Erklärungen fanden noch folgende wichtige Abstimmungen statt:

Einstellung des Baues des Panzerschiffs B

Ein kommunistischer Antrag, der von der Reichsregierung fordert, den Bau des Panzerschiffes B einzustellen und die für diesen Bau vorgesehenen Mittel zum Zwecke der Kinderspeisung zu verwenden, wurde im Hammelsprung mit 211 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 181 Stimmen angenommen.

In erster Lesung gelangt ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf zur Annahme, der die Länderregierungen ermächtigt,

alle Leistungen aus Verträgen und Urteilen an ehemalige Fürsten

und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen. Bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten wird ein kommunistischer Antrag abgelehnt, sämtliche Zahlungen an Fürsten und Standesherren sofort einzustellen.

Der Ausschußberatung wird gegen die Antragsteller ein kommunistischer Antrag überwiesen, der ein Notgesetz fordert, durch das sämtliche

Zahlungen an Kirchen und Religionsgesellschaften sofort eingestellt

werden sollen.

Gegen die Antragsteller wird ein kommunistischer Antrag abgelehnt, Schacht, Hitler und die übrigen Führer der nationalen Opposition sofort zu verhaften.

Ein sozialdemokratischer Antrag, der Maßnahmen gegen überhöhte Kartellpreise verlangt, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt eine namentliche Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der die Regierung ersucht, Pläne auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen und insbesondere

Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages

abzuwehren. Der Antrag wird mit 319 gegen 80 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Abgelehnt

wurden ein kommunistischer Antrag, alle Zahlungen von Polizeikostenzuschüssen an die Länder mit dem 31. Oktober einzustellen und die Anträge der Rechtsparteien auf Einstellung der Zahlung von Polizeikostenzuschüssen an Preußen sowie der kommunistische Antrag auf Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Nach Erledigung weiterer minder wichtiger Anträge vertagte sich der Reichstag auf den 23. Februar 1932.

•

Wie die Mehrheit zu stande kam

Berlin, 16. 10. Das Abstimmungsergebnis über die Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett hat bei der endgültigen Zählung noch eine Korrektur zugunsten der Regierung erfahren. Es sind tatsächlich 295 Stimmen für die Regierung abgegeben worden, so daß die Mehrheit 25 Stimmen beträgt. Der Reichstag wies bei den Abstimmungen am Freitag eine Besetzung auf, wie sie noch nicht dagewesen ist. Von den 577 Abgeordneten waren 571 anwesend, nur sechs haben also gefehlt. In allen diesen Fällen lagen Krankheit oder andere unüberwindbare Hindernisse vor. Die Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, des Zentrums, der Christlich-Sozialen, der Bayerischen Volkspartei des Landvolks und der Staatspartei waren bis auf den letzten Mann erschienen. Enthalten haben sich bei der entscheidenden Abstimmung die drei Deutsch-Hannoveraner. Bei der Deutschen Volkspartei haben 5 Abgeordnete gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, und zwar die Abgeordneten Geheimrat Kahl, Glatze, Thiel, Kalle und von Kardorff. Die Abgeordneten Dr. Moldenhauer und Dr. Schneider-Dresden haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Das Landvolk hat bis auf die Abgeordneten Schlange-Schoeningen und Dorsch-Hessen für die Mißtrauensanträge gestimmt. Der Abgeordnete Schlange hat gegen die Mißtrauensanträge gestimmt, der Abgeordnete Dorsch hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Wirtschaftspartei hat geschlossen gegen die Mißtrauensanträge gestimmt.

Warum die Wirtschaftspartei für Brüning stimmte

Berlin, 16. 10. Ueber die Gründe, die die Wirtschaftspartei veranlaßt haben, für die Regierung Brüning zu stimmen, äußerte sich ein führendes Mitglied der Reichstagsfraktion gegen-

SLUB
Wir führen Wissen.